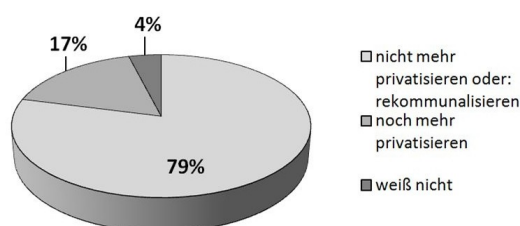


Sehr geehrte Damen und Herren,

eine breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland lehnt Privatisierung der Daseinsvorsorge ab und spricht sich für Rekommunalisierung aus.



Forsa-Umfrage: www.dbb.de/fileadmin/pdfs/themen/forsa_2011.pdf

Public Private Partnership (PPP, deutsch

ÖPP, Öffentlich-private Partnerschaft) ist die aktuell häufigste Form der Privatisierung. PPP-Verträge werden von Lobbyisten und Regierungen stark befürwortet, auch Sie werden angesichts der Haushaltsnöte damit konfrontiert. Die BefürworterInnen versprechen Ihnen, dass die dringend nötigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur trotz leerer Kassen mit PPP möglich sind. Mit dem Wort „Partnerschaft“ soll Ihnen und der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt werden, die Politik habe weiterhin das Sagen.

Das Gegenteil ist der Fall. PPP ist nicht die Lösung der Finanzprobleme, es vergrößert sie. Die heute vermeintlich gesparten Investitionen sind unsere Schulden von morgen. Mit einer verdeckten Kreditaufnahme wird die Schuldenbremse umgangen.

Kennzeichnend für PPP-Projekte ist, dass sie auf Geheimverträgen beruhen und dadurch die demokratische Einflussnahme ausgehebelt wird. Unsere Zukunft wird damit aufs Spiel gesetzt. Das einzige was bei PPP „sicher“ ist, ist die Rendite der privaten Partner.

Das ist in einer Demokratie nicht hinnehmbar.

Setzen Sie sich in Ihrer Amtszeit gegen die aktuelle PPP fördernde Gesetzgebung ein! PPP-Verträge bringen aktuelle und zukünftige MandatsträgerInnen um Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten: durch eine einmalige Abstimmung für einen Zeitraum von 25-30 Jahren!

Die dringend nötige Sanierung der öffentlichen Infrastruktur kann mit konventioneller Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand vorgenommen werden. Die Rechnungshöfe des

Bundes und der Länder haben in einer Vielzahl von Fällen nachgewiesen, dass die Versprechungen, Private könnten es billiger und effizienter, nicht eingehalten werden. So wurden weder die Wasserpreise in Berlin gesenkt, noch ist die Wirtschaftlichkeit bei der Sanierung der Autobahn 7 gewährleistet, ganz zu schweigen von dem maßlosen Kostenüberschreitungen beim Bau der Hamburger Elbphilharmonie.

Ich fordere Sie als Abgeordnete des 18. Bundestags deshalb auf:

- **Beenden Sie die Privatisierung der Gemeingüter!**
- **Verhindern Sie neue PPP-Vorhaben!**
- **Stoppen Sie laufende PPP-Projekte!**

Mit freundlichen Grüßen

Name, Vorname	Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
E-Mail	Datum	Unterschrift

Ich möchte über den Fortgang dieser und ähnlicher Aktivitäten von GiB unterrichtet werden.

Name, Vorname	Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
E-Mail	Datum	Unterschrift

Ich möchte über den Fortgang dieser und ähnlicher Aktivitäten von GiB unterrichtet werden.

Name, Vorname	Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
E-Mail	Datum	Unterschrift

Ich möchte über den Fortgang dieser und ähnlicher Aktivitäten von GiB unterrichtet werden.

Bitte bis 20.10.2013 zurücksenden an: Gemeingut in BürgerInnenhand, Weidenweg 37, 10249 Berlin / info@gemeingut.org, Fax (030) 37 30 22 96

Oder unterzeichnen unter: http://www.gemeingut.org/2013/07/offener_brief_gegen_ppp

Datenschutzhinweis: Ihre Daten (Name und Wohnort) werden im Anhang des Appells an die Bundestagsabgeordneten überreicht. Ihre Daten werden von uns nicht an Dritte weitergegeben.

Wenn Sie diese und weitere Aktivitäten von GiB unterstützen wollen, werden Sie Fördermitglied oder spenden an Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB): Konto Nr. 1124229100, BLZ 43060967, GLS Bank. Im Internet unter: www.gemeingut.org/unterstutzen/spenden. GiB ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, Sie erhalten - bei Angabe der Adresse - eine Spendenquittung.